

# Weißeritz-Zeitung

# Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. ll.

## **Weltliche Zeitung des Bezirks**

**Bezugspreis:** Diese Woche 850 Milliarden mit  
Anfragen, einzelne Nummern 150 Milliarden.  
**Gemeinde - Verbands - Girokonto** Nummer 3.  
**Pöhlcheckkonto Dresden 12548.**  
**Fernsprecher:** Amt Dippoldiswalde Nummer 3.

**Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtsbaupräsidentenschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde**

**Einzelgewicht:** Die 42 Millimeter breite  
Pfeifzelle 20 Goldpfennige, Eingeschärt und  
Reklamens 50 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Schne. — Druck und Verlag: Carl Schne in Dippoldiswalde

Mr 282

Mittwoch Den 5. Dezember 1923

89. Tabulae

## **Gertliches und Güstliches.**

**Dippoldiswalde.** Um Dienstag wurde in den Räumen der Kinderbewahranstalt der Betrieb der Volksschule eröffnet. Vor 12 Uhr mittags betreten wir die große Stube, die bisher den Kindern zum Aufenthalt diente. In dem behaglich durchwärmten Raum stehen Tische und Stühle, die Schönenhausbesitzer Börner aus seinem Garten unentgeltlich geliehen hat. Der Raum soll zugleich für Arme als Wärstube dienen. Um Herd in der Küche steht Fräulein Friedrich und prüft, ob die Gruppen, in guter Fleischbrühe gekocht (einige Pfund Knochen und etwas Fleisch botte Fleischermeister Hickmann gratis geliefert), ausgabefertig sind. Bei ihren Arbeiten wird die Kochin von erwerbslosen Frauen unterstützt. Lebensmittel hat Kaufmann Niemand im Auftrage der Stadt von Dresdner Großhändlern besorgt. Auch für Futtermaterial hat die Stadt gesorgt. Gegen 12 Uhr kamen Großmütterchen, Frauen, Kinder und Enkel von Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentner, holten das wohl schmeckende Mittagessen ab und zahlten für jede Portion 100 Milliarden. Ein Kostgänger erschien erst  $\frac{1}{2}$  1 Uhr. 28 Portionen waren bestellt; aber nur 21 wurden abgeholt. Damit nicht unnötig Futterung zum Warmhalten verbraucht werden muß, und damit nicht allzuviel Speisereste übrigbleiben, wird von der Volksschulverwaltung volljähriges und pünktliches Abholen bis  $\frac{1}{2}$  1 Uhr gewünscht. In dieser Woche werden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nächste Woche Montag, Mittwoch und Freitag Speisen verabreicht. Möge die Volksschule wie auch die Wärstube durch weitere kostenfreie Zuwendungen gefürchtet werden, damit sie den Bedürftigen über die schlimmsten Wintermonate hinweghelfen und so segenreich wirken kann.

— Rößtens Sonnabend nachmittag wird der Landwirtschaftliche Verein Dippoldiswalde und Umgegend in seinem Vereinslokal, der Bahnhofswirtschaft, eine Sitzung abhalten, bei der Dr. Görler-Dresden einen Vortrag halten wird, über „Welchen Weg zeigt uns die Geschichte in das Dunkel der Zukunft.“ Mitglieder landwirtschaftlicher Vereine der Umgegend wie auch Landbundmitglieder und deren Frauen haben Zutritt.

— Der Zentralverband für Homöopathie — Sitz Dresden — veranstaltete am Sonntag hier eine Versammlung im Fremdenhof „Stadt Dresden“. Der Vorsitzende Nitschke wies dabei in kurzen Zügen auf den Zweck der Zusammenkunft und in längeren Ausführungen auf die homöopathische Gesundheitspflege überhaupt hin. Die Anwesenden waren über den Vortrag sichtlich beeindruckt, sodass Homöopath Flämig zur Gründung eines homöopathischen Vereins für Dippoldiswalde und Umgegend schritt. Als Vereinslokal wurde der Fremdenhof „Stadt Dresden“ gewählt, woselbst nunmehr jeden zweiten Sonntag im Monat Ver-

— Nach den Preisstellungen vom 3. 12. 23 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913 = 1) berechnet worden: Gesamtlindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 1800 Milliarden. Gesamtlindex ohne Bekleidung = 1598 Milliarden. Am 26. 11. 23 betrug der Gesamtlindex mit Bekleidungskosten 1615 und ohne Bekleidungskosten 1625 Milliarden. Vom 26. 11. bis 3. 12. sind mithin die Preise der bei der Teuerungsstatistik berücksichtigten Güter um 0,9 bzw. 1,7 v. H. gesunken. Die bisher vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Stelzerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 3. 12. 1923 24 Milliarden!

Während unsere Wirtschaft nach Rentenmark geradezu streift, um aus dem Taumel der Papiermark herauszukommen, stehen größere Beträge von Rentenmark schon ins Ausland gebracht zu sein. So wird aus Mittweida berichtet, daß holländische Studenten des dortigen Technikums Rentenmark aus ihrer Heimat zu Studienzwecken erhalten. Die Spekulation scheint für dieses „nur für den inneren deutschen Verkehr bestimmte Zahlungsmittel“

— Einlösung von Freimarken. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Es ist in den Zeitungen und Verordnungsblättern wiederholt bekannt gemacht worden, daß zum 1. Dezember verbständige Freimarken herausgegeben und die Marken der Papiermarktwährung — selbst wenn sie zum vierfachen Nennwert eingekauft worden sind — nur zum Nennwert bei der Freimachung angerechnet werden. Gleichwohl scheinen sich in den Händen der Verbraucher höhere Markenvorräte zu befinden, die nach Mitteilungen an die Postbehörde angeblich zum vierfachen Preis angekauft, infolge der seihigen Beschränkung auf den einfachen Nennwert aber um drei Viertel entwertet sind. Den Anträgen der Bezieher, sie für den Wertverlust schadlos zu halten, steht zwar kein Rechtsanspruch zur Seite, das Reichspostministerium hat aber aus Billigkeitsgründen genehmigt, daß solche Marken bis zum 15. Dezember gegen verbständige Marken zum vierfachen des Nennwerts eingelöst werden. Die Einlösung ist schriftlich beim Vertriebsamt zu beantragen; dabei ist einwandfrei nachzuweisen, daß die Marken bei der Post für den vierfachen Preis erworben worden sind und bis Ende November nicht haben verwendet werden.

**Sächsisches-Volkssöpfer.** Auch in unserem Bezirke hat sich ein Ausschuss für Unterstützung des vom Wehrkreiskommandeur angeleiteten Hilfswerks "Sächsisches Volkssöpfer" gebildet. Das Hilfswerk wird von den Erwerbstümenden (Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft) gefördert. Die Berufsgesellschaften haben dafür Richtlinien aufgestellt. Die Erträge sollen für bereits bestehende Wohlfahrtseinrichtungen die zur Durchführung ihrer Tätigkeiten notwendigen Mittel aufbringen. Dem Bezirkshaushalt gehörten an: für die Landwirtschaft: die Herren Presten (Rittergut Berreuth) und William Vinter (Dippoldiswalde); für Handel und Industrie: die Herren Schmidgen (Ulbersdorf) und Seelhammer (Glashütte). Die Werbungen werden in Kreisen der Landwirtschaft durch den Landbund und seine Ortsgruppen durchgeführt, für die Industrie haben sich zur Mitwirkung in ihrer Gegend bereit erklärt die Herren Altmüller (Großolisa), Wenzig (Dippoldiswalde), M. Ritsche (Völkelsdorf), F. Kröbel (Lauenhain). Diese werden sich die Unterstützung eines höheren Kreises hoffen. Die aufgebrachten Mittel sollen zum größten Teile innerhalb der Gemeinden Verwendung finden. Ein kleinerer Prozentsatz steht dem Landkreis zur Verfügung, um hierauf basierend zuliefernde

der Gemeinden und Einrichtungen innerhalb und außerhalb des Bezirks.

— Aus Dresden schreibt man: Der frühere Reichsjustizminister Radbruch hat in einer sozialdemokratischen Versammlung in Meißen es beklagt, daß weite Kreise der Sozialdemokratie sich nicht freimachen können von dem Gedanken der Opposition gegen den Staat, der doch durch die Revolution auch der Staat der Sozialdemokratie geworden ist. Es komme darauf an, nicht nur den Staat an sich, sondern seine Auswirkungen zu bejahen. Jeder Staat wirke sich aber in doppelter Richtung aus: als Autorität nach innen und als Nation nach außen. Das Machtorgan der Autorität nach innen sei in der deutschen Republik die Reichswehr. Darum halte er die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen die Reichswehr als einen der schlimmsten Fehler, den die Sozialdemokratie in den letzten Jahren gemacht habe. Leider hat sich die Masse der Sozialdemokratie diese Gedankengänge eines einsichtigen Parteigenossen noch nicht zu eigen gemacht. Anstatt die Aktion der Reichswehr in Sachsen und Thüringen, die lediglich der Aufrechterhaltung der Autorität dieses Staates dienen sollte, mit allen Kräften zu stützen, suchte sie diese auf jede Weise einzudringen und zu hinterstreiben, ja, verbreitete über das Aufstreben und Benehmen der Truppe in beiden Ländern Nachrichten, die an die Grenzpropaganda der ersten Kriegsjahre erinnert, aber bei gewissenhafter Nachprüfung sich als völlig hältlos erweist. So ist zum Beispiel in einer Anfrage im Sächsischen Landtag behauptet worden, ein Herr Endesfelder aus Chemnitz sei bei einer Verbefragung so geschlagen worden, daß er im Gesicht grün und blau ausgelebt habe, die Augen dick unterlaufen und die Lippen von Schlägen aufgesprungen gewesen seien.

Walter Weiden, das ja mit Verzweiflung vornehmlich aus den inneren Gründen der Neigung und des idealen Strebens trifft. Der Volksschullehrerstand, durch dessen Hand fast die gesamte Jugend der Nation geht, gehört zu den wichtigsten Stäben von Staat und Gesellschaft. Seit einem Jahrhundert sind seine Bildungshöhe, sein Wirkungsbereich und sein Einfluß unverkennbar im Wachsen. Der verlorene Krieg hat sein Gewicht noch weiterhin verstärkt; denn die Hoffnung des deutschen Volkes richtet sich nach dem schweren Niederbruch auf innere Erneuerung. Dazu bedarf es der Entbindung der reichen, aber vielfach ungewiechten oder verkümmerten Kräfte des deutschen Volkes, einer großgedachten und tief verankerten Volkserziehung. Die freien politischen Formen des Reichs wie der Länder fordern und ermöglichen die Bildung zu verantwortungsbereitem Staatsbürgertum und vollem Menschentum. Solche Aufgabe kann nur von Volkserziehern mit weitem geistigem Horizont und bestem pädagogischen Rüstzeug in Angriff genommen werden. Wen Liebe zur Jugend erfüllt, der stellt sich in den Dienst dieser großen nationalen Kulturaufgabe und wende sich der Bildung des kommenden Geschlechts zu. Damit wirtschaftlich schwache Familien ihre Söhne und Töchter dem neuen ebenso aussichtsreichen wie bedeutsamen Beruf zuführen können, hält sich der Staat für verpflichtet, durch Studentenheime in Leipzig wie Dresden das pädagogische Studium nach Kräften zu unterstützen. Auskunft über den geplanten Studiengang erteilt für Leipzig Studienrat Dr. Johannes Richter, Leipzig-Gohlis, Gustav-Treytag-Straße 35, für Dresden die Direktion des Pädagogischen Instituts zu Dresden-U 20, Teplicher Straße 16.

Die Untersuchung ergab, daß an Herrn Endesfelder keinerlei Spuren von Mißhandlungen zu bemerken waren. Wo Fehlgriffe und Überschreitungen untergeordneter Organe vorkamen, ist sofort von den Vorgesetzten eingeschritten worden. — Dass mit dem Einrücken der Reichswehr in Sachsen und Thüringen auch Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung verbunden waren, ließ sich nicht immer vermeiden. So mußten vorübergehend öffentliche Gebäude, darunter auch Schulen, für ihre Unterkunft in Anspruch genommen werden, da es bei der allgemeinen Unschärheit nicht immer angebracht erschien, die Reichswehrangehörigen einzeln in Bürgerquartieren unterzubringen. Waren sie doch selbst in den Kasernen nicht vor Überraschungen kommunistischer Organe sicher, wie ein Plan mit Zeichnungen zum Überrasch auf die Weimarer Kaserne beweist, der in der Mappe des Landtagsabgeordneten Neubauer, des ehemaligen Staatsrates im sozialistisch-kommunistischen Ministerium Thüringens gefunden wurde. Es kann der Reichswehr auch nicht verdacht werden, daß sie beim Vormarsch und beim Eintreten in die Ortschaften sich militärisch durch Absperren, Panzerkraftwagen, Bereitstellen von Artillerie sicherte und von der Schußwaffe Gebrauch mache, wenn sie, wie in Meißen, selbst beschossen wurde. Die Behauptung der sozialdemokratischen Presse, die Reichswehr habe sich in Meißen durch bezahlte Spiegle zuerst beschließen lassen, ist nichts weiter als eine ganz unhaltbare Ausrede. Jedenfalls hat sich seit dem Einsatz der Reichswehr die Lage in Sachsen und Thüringen zweifellos entspannt. Proletarische Abwehrorganisationen treten nicht mehr öffentlich in die Erscheinung. Übergriffe und Amtsannahmungen einzelner ihrer Angehörigen sind bis auf Einzelfälle nicht mehr erfolgt. Die Sicherheit im Lande hat sich gebessert. Terrorakte, Plünderungen von Feldfrüchten, Läden, Markthallen-, Brot- und Margarinewagen, Erpressung von Lohn erhöhung, Mißhandlungen von Arbeitgebern haben trotz der ernsten wirtschaftlichen Lage dank des Rückhaltes, den die Polizei durch die Reichswehr und die Bestimmungen des Ausnahmezustandes hat, aufgehört. Das Verhalten der Reichswehr findet daher auch in allen Schichten des Bürgertums Anerkennung. So schreibt zum Beispiel der Landesverband Thüringen der Deutschen

**Lauenhain.** Einen vor Adlitz halberstarken Knaben fand ein biesiger Outtschäffer vor seinem Gehöft. Er nahm sich des Jungen an und hieb Stoffe sich heraus, doch dieser nur nachdrücklich bekleidet.

— Das Wehrkreiskommando bat die im Landtag vorgebrachten Angriffe gegen das Verhalten der Reichswehr nachgeprüft und dabei festgestellt, daß ein Teil der Anschuldigungen nicht zutrifft und daß in Fällen, wo es zu Mißhandlungen gekommen ist, die Betroffenen selbst die Schuld tragen. Gegen den Abgeordneten

— Die staatlichen Kohlenwerke und die staatlichen Elektrizitätswerke beabsichtigt die Regierung, wie bereits allgemein bekannt, in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung „Aktiengesellschaft Sächsische Werke“ umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtages hierzu wird durch Vorlage eines besonderen Gesetzes sofort eingeholt werden. Dagegen sollen die übrigen werbenden Staatsbetriebe, die Hüttenswerke, das Blaufarbenwerk, die Kalkwerke und die Porzellanmanufaktur als reine Staatsbetriebe erhalten bleiben und in ihrer bisherigen Weise auch sernerhin bewirtschaftet werden.

— Auf Grund des Artikels 143 der Reichsverfassung und des sächsischen Gesetzes vom 4. April 1923, das der Landtag einstimmig angenommen hat, wird die wissenschaftliche und die praktische Berufsausbildung der sächsischen Volkschullehrer und -lehrerinnen an die Hochschulen des Landes verlegt, die zu diesem Zwecke mit Pädagogischen Instituten auszurüsten sind. Bereits Ostern 1923 ist mit dem neuen Studium an der Technischen Hochschule zu Dresden begonnen worden. Nachdem der Gedanke der akademischen Lehrerbildung seine erste Bewährung erfahren hat, soll nun auch an der Landesuniversität Leipzig der neue Studienweg eröffnet werden. An die Abiturienten und Abiturientinnen, die Ostern 1924 das Reifezeugnis einer neunstufigen höheren Lehranstalt erwerben, ergibt der Ruf, Eignung und Neigung vorausgesetzt, sich dem neuen Studium in Leipzig zuzuwenden. Einzelbündungen sind mit funktionsärster Bescheinigung an das Ministerium für Volksbildung in Dresden zu richten. In einer Zeit allgemeiner Berufsknot und außerordentlicher wirtschaftlicher Unsicherheit bietet das Pädagogische Studium nach dreijähriger Ausbildungsezeit begründete Aussicht auf sofortige Verwendung im Volkschuldienst und damit auf eine auskömmliche und sichere Lebensstellung. Über nicht die wirtschaftliche Verharrung soll für die Berufsentwickelung keine Rücksicht mehr in ihrer Entwicklung eingebracht werden.

Gelenau i. C. Da hier eine Anzahl Gemeinderatsmitglieder von der Reichswehr verhaftet wurden, konnten infolge Beschlagnahmtheit keine Gemeinderatssitzungen mehr abgehalten werden.

Steinbübel bei Seifsen. Hier ist das Wohnhaus des Drechslers R. Reuther völlig eingestürzt worden. Wassermangel und furchtbarer Sturm liehen alle Rettungsversuche schwierig. Den im ersten Stock wohnenden Partien ist alles Hab und Gut verbrannt, während das Erdgeschoss bis auf die Betten gerammt werden konnte. Glücklicherweise trieb der Sturm die Blut auf freies Feld, bei ungünstiger Windrichtung wäre ganz Steinbübel gefährdet gewesen.

Reichenbach. Bei einem Möbelwagen rast an der Ecke Johann- und Liebaustraße die Sperrkette des Eisschuhs. Der Kutscher wollte, um zu verhindern, daß der Wagen die untere Liebaustraße hinabrollte, ihn in die Johannstraße lenken, konnte jedoch den schweren Wagen nicht mehr herumtreiben, so daß er direkt auf die Ecke des dort befindlichen Grundstücks stieß. Die Delphine drang in einen Bäckerladen, den Ladentisch beschädigend; das eine Pferd stand im Laden, das andere wurde zwischen Wagen und Hauswand buchstäblich erdrückt. Feiner wurde an dem Bäckerladen zwei Schanzenstierscheiben zertrümert. Menschen und bei dem Unfall glücklicherweise nicht verletzt worden.

## Bendung zum Guten?

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.

Nachdem es schon fast so aussah, als ob die Rentenmark ebenso wie die Goldanleihe ein Dasein im Verborgenen führen und im Gegensatz zur Papiermark das Geld der reichen Leute werden würde, ist in den letzten Tagen eine immer mehr sich zielende Besserung eingetreten. In Geschäften und Restaurants begegnet man immer häufiger der Rentenmark, und vielfach zeigt sich bereits Knappheit an Papiermark. Es sieht so aus, als wenn der Umstand, daß man keinen festen Umtauschplatz für die Papiermark feststellt und damit trotz der Valenzierung des Markturtes den Papiermarkbesitzer mit der Gefahr einer neuen Geldeinschaltung belastete, den Rückstrom der Papiermark in die Rassen der Reichsbank stark gefördert und beschleunigt hat. Die Folge ist, daß vielfach, zumal die Rentenmark nicht mit der erwarteten Beschleunigung verausgabt wurde, überraschend schnell jenes Grab von Geldknappheit eingetreten ist, den die Führer der Rentenbank als eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen Preisabbau und für normale Kalkulationsfähigkeit forderten. Eine weitere Folge ist, daß das Ansehen der Papiermark, die nicht nur keine weitere Vermehrung mehr erfahren konnte, sondern deren Umlaufbeitrag sich sehr schnell verringerte, im In- und Auslande eine wesentliche Stütze erhielt und die ausländischen Markttüre in den letzten Tagen seit langer Zeit zum ersten Male eine stetige und erhebliche Besserung aufzuweisen haben. Man darf jetzt wohl mit einem ziemlichen Grade von Berechtigung annehmen, daß der Wert der Papiermark danach kein künftiger mehr ist und daß die Papiermark ebenfalls werbeständig gemacht worden ist.

Der Umlauf eines von Tag zu Tag wachsenden, in seiner Höchstgrenze aber beschränkten Rentenmarkbetrages und eines häufig abnehmenden, so gut wie verständigen Papiermarkbetrages ebnete dem Beginn eines allgemeinen Preisabbaus durch Fortfall der Entwertungszuschläge in der Kalkulation die Wege. Gleichzeitig stärkte sich angesichts der bestimmen und konsequenten Haltung der Leitung der Rentenbank und der zweifellosen Geschäftlichkeit, mit der sie unter Überwindung bürokratischer und behördlicher Hemmungen bei Staat und Reichsbank die Rentenmark in einer Weise in den Verkehr brachte, welche die Wiederholung früherer Fehler ausschloß, das Vertrauen der Wirtschaft und der breiten Verbrauchermassen in das neue Zahlungsmittel und seine Wertbeständigkeit. Dieses Vertrauen festigte sich noch weiter unter dem immer bestimmteren Eindruck, daß trotz aller Kabinettstellen und trotz aller Kompromißverhandlungen im Reichstag die Überzeugung von der Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung, insbesondere zur Steigerung der Arbeitsleistung und Verbesserung der Produktion sich bei den leitenden Stellen endgültig durchgesetzt zu haben scheint und daß nunmehr mit der Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs, der Länder und der Gemeinden und mit einer Neuordnung des Steuerwesens Ernst gemacht wird.

Die Folge aller dieser Eindrücke und Erscheinungen war in den letzten Tagen eine Fülle von Preiserhöhungen und einer Belebung des Geschäfts in vielen Branchen, denen plötzlich Kalkulation auf gesicherter Grundlage und mit wettbewerbsfähigen Endpreisen wieder möglich wurde. Der Preisabbau trat namentlich in den Lebensmittelbranchen bereits recht erheblich in Erscheinung und tat das seine zur Verhüllung der verzweifelte erregten Volksstimmung. Auch die Tatsache, daß jetzt wieder die Möglichkeit, zu sparen und über größere Ausgaben auf längere Frist zu disponieren, bestand, wirkte nach dieser Richtung. Der Ausspruch eines bekannten Industrieführers: „Jetzt sind wir über den Berg hinweg“, charakterisiert wohl am besten die Stimmung, die sich immer stärker und in immer weiteren Volkschichten in den letzten Tagen durchsetzte. Es sieht wirklich so aus, als wenn wir in den nächsten Wochen etwas aufatmen können und langsam wieder besseren Zeiten entgegengehen, sofern nur die unbedingt notwendigen Einschränkungen von Sanierungsmaßnahmen weiter und schnell durchgeführt werden.

Nachdrücklich gewarnt werden aber muß vor einem übertriebenen Optimismus, der sich in den letzten Tagen bereits lebhaft geltend macht. Wir stehen erst am Anfang einer Gesundung, die uns unbedingt auch noch schwere Krisenscheinungen bringen wird. Die Umstellung auf größere Arbeitsleistung und auf Verbesserung der Produktion durch Ausschaltung unproduktiver Löhne und Ausgaben wird zunächst eine ungeheure Arbeitslosigkeit herbeiführen müssen, und die ebenso notwendige Beschleunigung des Handels und Zwischenhandels auf das wirtschaftlich notwendige Maß an Stelle der jetzigen, auf Geldeinschaltung basierenden Vermehrung des Zwischen- und Kleinhandels wird diesen wirtschaftlichen Egisten das Leben kosten. Eine besonders wohlbegewogene Sozial- und Wirtschaftspolitik, aber ebenso sehr die Vermeidung fauler Kompromisse wird nötig sein, um diese Krise und ihre Härten so kurz wie möglich zu gestalten. Dabei darf der Entbehruungsfaktor nicht außer acht gelassen werden, den ein verloren Krieg und das fünfjährige Zehren vom Volksvermögen uns auferlegen und der die Wiederherstellung der Vorriegsbesitzhaltung in vollem Umfang unmöglich macht. Die Entscheidung über die Gestaltung der nächsten Wochen und über den Verlauf des Gesundungsprozesses liegt deshalb neben der Preispolitik und der Währungspolitik sehr stark beim Verlauf und der Einstellung der Lohnverhandlungen und der dabei Beteiligten.

## Die Regierungserklärung vor dem Reichstag.

Der Kanzler mahnt zur Einigkeit.

Am Dienstag nachmittag trat der Reichstag zusammen, um die Erklärung der neuen Regierung entgegenzunehmen

Um 9 Uhr 25 Min. eröffnete Reichspräsident Löb die Sitzung mit einem Schreiben des Reichskanzlers Marx, in dem dieser seine Ernennung und die der einzelnen Minister dem Reichstag bekanntgab. Die Ernennung des Abg. Tumming (bayer. Volkspartei) zum Reichsjustizminister wird von den Kommunisten mit Lärmenden Zwischenrufen begleitet. Der Präsident bittet dann das Haus, die Beratung des Ermächtigungsgesetzes vor der heutigen Tagesordnung abzuschieben, da der Entwurf erst vor der Sitzung in Hause verteilt worden sei. Es erhält das Wort zu einer Erklärung:

Reichskanzler Marx:

Der Präsident hat bereits die Liste meines Kabinetts mitgeteilt. Mit besonderem Dank habe ich empfunden, daß mein Amtsvorgänger Dr. Stresemann das Portefeuille des Auswärtigen übernommen hat. Dadurch ist die Stabilität der äußeren Politik gewährleistet. (Wettkampf der Deutschen Volkspartei und im Zentrum.) Zu meinen größten Bedauern und zum großen Schaden des deutschen Volkes und Reiches hat die durch den Reichstag hervorgerufene Krise länger gedauert, als man annehmen konnte. Ich will nicht untersuchen, wer die Schuld an der Krise hat. Angesichts der ungeheuren Notlage des Reiches und des Volkes halte ich es für durchaus notwendig, alles hinzu zu stellen, was nicht dem Volke dient.

Mein Kampf geht nicht gegen Rechts und Links mein Kampf geht aber gegen alle, die dem Deutschen Reich das rauben wollen, was ihm zu seiner Existenz not tut. Ich halte es für das zwingende Gebot der Stunde, die bestehenden Gegensätze auszugleichen.

(Lärm bei den Kommunisten.) Der Kanzler, nach Link gewendet: Es wäre gut, wenn Sie sich dem anschließen. (Bei fall in der Mitte). Unser Volk und Vaterland aus dem tiefen Abgrund, in den es durch den ungünstigen Ausgang des Krieges gestürzt ist, herauszuholen, wird die vornehmste Aufgabe meines Kabinetts sein. Das deutsche Volk muß wissen, daß es mit seinen wirtschaftlichen und finanziellen Kräften zu Ende ist. — Der Reichskanzler betont weiter, daß die neue Regierung sich grundsätzlich nicht von der vorigen unterscheide, und erklärt weiter: Ich wünsche einen Weg zur Besserung nur über

das Ermächtigungsgesetz

beschreiten. Wir befinden uns in einer Zwangslage. Es muß mit äußerster Schnelligkeit gehandelt werden um jene Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um das gesetzte Ziel zu erreichen. Es sind nur noch Tage, in denen es sich entscheiden muß, ob es gelingt, das Volk vom Untergang zu retten. Das Ermächtigungsgesetz, das von Reichsrat angenommen ist, wird zuerst steuerliche Maßnahmen umfassen. Aber auch andere Maßnahmen sollen getroffen werden, um die Notlage des Volkes zu beenden. Der Reichstag gibt bei dem Ermächtigungsgesetz wichtige Rechte auf. Die Regierung appelliert an alle, ihr trotzdem die außerordentlichen Vollmachten zu geben.

Die Beziehungen zwischen Reich und Ländern

sind vielfach getrübt. Notwendig ist es, die allgemeine Zugeständnis zu flören. Die Regierung ist dafür, den Ländern weitere Befugnisse zugeschrieben. In nächster Verbindung damit steht die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Die Umsturzversuche, die wir erlebt haben müssen verhindert werden, denn sie schädigen unsere Lebensmittelversorgung und unsere Kreditanbindung. Deshalb ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung außerordentlich dringend und die Konzentrierung aller Machtmiteln in den Händen der Regierung eine zwangsläufige Notwendigkeit. (Lärm bei den Kommunisten.) Gegen die verbrecherischen Räuber unserer Not, gegen Wucherer und Schieber wird rücksichtslos vorgegangen werden. Selbstverständlich ist der Ausnahmezustand nur eine Ausnahme. Er wird abgebaut, sobald es sich ermöglichen läßt. In voller Einvernehmen mit den Vertretern der Länder erklärt die Reichsregierung, daß die

Abrissnung von Gebietsteilen niemals anerkannt werden wird. Die deutsche Bevölkerung des besetzten Gebiets, die mit so unerschütterlicher Treue trotz aller Leid am Vaterland festgehalten hat, soll wissen, daß wir sie nicht verlassen werden. An die Volksvertreter richte ich die Bitte, sich allein von dem Gedanken leiten zu lassen, alles trennen zu wollen, wenn die Not der Stunde erfordert gemeinsame Arbeit. Meine Regierung glaubt e mit diesen kurzen Bemerkungen bewenden zu können.

Auf Antrag des Reichspräsidenten Löb wird die Sitzung abgebrochen und auf Mittwoch nachmittags 2 Uhr vertagt.

## Das Ermächtigungsgesetz vom Reichsrat angenommen.

Die Fraktionsführer beim Kanzler. — Ermächtigung oder Auflösung!

Nach einer Rede des Reichskanzlers hat der Reichsrat am Dienstag gegen 2 Uhr nachmittags das Ermächtigungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Abstimmung ergab 45 gegen 9 Stimmen. Der Gesetzentwurf fand eine kleine Minderung insofern, als nicht allein der Reichstag die Aufhebung des Gesetzes fordern kann, sondern auch der Reichsrat. Der Vertreter Bayerns behielt sich seine Entscheidung vor, weil er verlangte, daß die Reichsratsschüsse vor Entschlüssen der Regierung gehört werden müssen. Der Reichsrat selber erklärte sich mit dem Ermächtigungsgesetz nur einverstanden, wenn die Reichsregierung den Artikel 67 peinlich beachten würde. Nach diesem Artikel muß vor allen wichtigen Entscheidungen die Genehmigung des Reichsrates eingeholt werden.

Im Reichstag

Ist die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz und über die Auflösungsfrage nicht vor Mittwoch zu erwarten. Unmittelbar nach der Kanzlerrede im Plenum

wurden sämtliche Parteiführer mit Ausnahme der Kommunisten zu einer gemeinsamen Besprechung beim Reichskanzler geladen. Die Regierung steht augenscheinlich auf dem Standpunkt: Entweder Einigung oder Auflösung! Es wird Sache der Parteiführer sein, einen Ausweg zu finden, wenn sie angesichts der ziemlich sicheren Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes die Auflösung vermeiden wollen.

## Der Kanzler an die Länder.

Vertrauen zwischen Reich und Ländern!

Über die Sitzung, in der der Reichsrat das Ermächtigungsgesetz annahm, sei das folgende wiedergegeben: Die Verhandlungen leitete der neue Reichskanzler selber. Es führte einleitend aus, daß er es sich nicht versagen möchte, gleich in der ersten Sitzung des Reichsrats seine Gedanken über das Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Ländern kurz darzulegen.

„Ich kann Ihnen versichern,“ so führte der Kanzler aus, „daß es mein ernstes Bestreben sein wird, mit den Vertretern der Länder in wärmsten Beziehungen zu stehen und zu bleiben. Ich lege Wert darauf, daß Fragen, die außerordentlich leicht zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern führen, wie sie auch die nicht ganz ausgebildete Reichsverfassung mit sich bringt, durch gegenseitiges Vertrauen und durch gegenseitige Verständigung erledigt werden müssen. In diesem Sinne werden meine Bestrebungen stets von dem Gedanken getragen sein, daß zwischen Reich und Ländern ein warmes Vertrauen verhältnis bestehen soll. Wie lange meine Kanzlerschaft dauern wird, vermag ja niemand vorher zu sagen, aber solange ich an dieser Stelle stehe, soll es mein Bestreben sein, alles aus dem Wege zu räumen, das geeignet sein würde, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu trüben. Ich möchte aber auch dringend bitten, daß die Herren, denen ich auch in jeder Beziehung nahe treten möge, auch mir gegenüber ihr Vertrauen dadurch an den Tag legen, daß sie, wenn sie Wünsche haben, diese unter allen Umständen und ohne alle Umschweife zur Sprache bringen. Ich werde Ihnen, soweit es meine schwachen Kräfte vermögen, jederzeit zur Verfügung stehen. Mein erstes Ziel soll sein, den Bestand von Reich und Ländern in ihrem Wohlergehen zu sichern und jede Frage von Mann zu Mann zu besprechen. Das ist mein Vorhaben, und ich bitte um Ihre auf reiche Erfahrung fußende Mitarbeit.“

Der Vertreter Preußens Weizmann dankte namens des Reichsrats dem Kanzler für seine Ausführungen und sagte ihm Danke auch dafür, daß er in höchster Not des Vaterlandes die schweren Bürde des Reichskanzleramts übernommen habe. Schon oft ist es hier zum Ausdruck gekommen, so fuhr der Redner fort, daß eine Regierung, die wirklich etwas erreichen will, dieses nur dann erreichen kann, wenn sie in voller Zusammenarbeit mit den Ländern ihre Pläne ausarbeiten und ausführen.

## Krisensitzung in München.

Seit Montag haben in München mehrere Ministerratsitzungen über die im Kabinett ausgetragenen Unstimmigkeiten stattgefunden. Gerichtet von einem Rücktritt des Ministerpräsidenten werden als unzutreffend bezeichnet mit dem Befürchteten, die Bayerische Volkspartei halte in der jetzigen Zeit einen Wechsel in der Ministerpräsidentschaft für durchaus unangebracht und bringe Herrn von Kneiling nach wie vor das volle Vertrauen entgegen. Dagegen besteht die Möglichkeit, daß es zum Ausscheiden des Ministers des Innern und des Landwirtschaftsministers aus der Regierung kommt.

## Vor dem bayerischen Ermächtigungsgesetz.

Die bayerische Staatsregierung hat in einer Bekanntmachung gewisse vorbereitende Maßnahmen zur Einleitung einer großzügigen Sparpolitik getroffen. Die Bekanntmachung stellt eine Reihe von Grundlagen auf, nach denen künftig verfahren werden soll. So können für Neu- oder Umbauten bis auf weiteres grundsätzlich Mitteln nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch Wasser- und Straßenbeiten seien bis auf weiteres, soweit als tunlich, zurückgestellt. Kulturbauten seien grundsätzlich nur noch dann in Angriff zu nehmen, wenn die Kosten zum größten Teil von den Beteiligten selbst ohne Anspruchnahme des Staates aufgebracht werden. Darüber hinaus soll durch ein eigenes Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung weitgehende Befugnisse für die Wiedergesundung des Staatshaushaltes gefordert werden.

## Hitler und Ludendorff vor dem Volksgericht.

Der Prozeß gegen Hitler, Ludendorff und die übrigen Teilnehmer am Münchener Novemberputsch läuft nach Meldungen aus München, in diesem Jahr nicht mehr zur Verhandlung kommen, sondern wahrscheinlich erst Januar nächsten Jahres, und zwar vor dem Volksgericht in München.

## Schärfste Gewalttätigkeiten beim englischen Wahlkampf.

Der Höhepunkt der Ereignisse. — Fehltritte gegen die Kandidaten.

In den letzten Tagen des englischen Wahlfeldzuges wird von sämtlichen Parteien noch eine leichte Kraftanstrengung unternommen; vermutlich werden in den 666 Bezirken nicht weniger als noch 50 000 politische Versammlungen stattfinden.

ungen abgehalten werden. Die Londoner Wahlversammlungen sind häufig Schauplatz von Auseinandersetzungen. Churhill wurde, als er in Finsbury sprach, von einer Bande von Aufreisern niedergeschlagen, während seine Anhänger ihm zujubelten. Zwei Londoner Kandidaten — ein Tory und ein Liberaler — sagten ihre Versammlungen ab mit der Begründung, daß sie infolge der Auseinandersetzungen doch unzufrieden sein würden. Infolge von Gewalttätigkeiten, denen die einzelnen Kandidaten durch ihre Gegner ausgesetzt sind, mußte bereits eine Kandidatin der Konfessionen ärztliche Hilfe nachsuchen und lebt das Bett hinunter, um die Verlegerungen auszuhalten, die ihr in einer stürmischen Wahlversammlung durch Fußtritte belästigt worden waren. Ein Kandidat der Konservativen befand bereits alle Wahlversammlungen absagen müssen und befindet sich ständig unter polizeilichem Schutz, da eine Anzahl Gegner droht haben, ihn zu töten.

#### Autounfall des englischen Premierministers.

Aus London wird gemeldet: Der englische Ministerpräsident, der in Begleitung seiner Frau im Auto zurückkehrte, ist bei einem Zusammenstoß mit einem anderen Auto mit knappem Rost einem schweren Unfall entgangen. Das Auto des Premierministers wurde ziemlich schwer beschädigt.

#### „Löhnungssappell“ der Separatisten.

Zu einer Meuterer „separatistischer Truppen“ kam es anlässlich eines Löhnungssappells im Regierungsbüro. Als 30 000 französische Frank an die Separatisten zur Auszahlung kamen sollten, fehlten 50 000 Frank, so daß die Wohnung nicht vollständig ausgezahlt werden konnte. Da darüber auf höchste empörten Separatisten verprügelt wurden. Da daraufhin den Zahlmeister und drangen in das im zweiten Stock liegende Zimmer des sogenannten Exekutivkomitees ein, wobei sie den anwesenden Führern vorwurften, das abhanden gekommene Geld auf die Seite geschafft zu haben. Es gelang dem anwesenden Helmut Oberle mit zwei anderen Separatistensprechern, die meuternden Truppen erst dann zu beruhigen, als sie ihre Rassen leerten und die fehlende Summe zur Verfügung stellten.

#### Auseinandersetzung Poincaré-Millerand.

Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Paris gemeldet wird, stehen aller Voraussicht nach in Frankreich innerpolitische Entscheidungen von Bedeutung bevor. Gleich Dienstag war ein außerordentlicher Ministerrat einzuberufen, der unter Millerands Vorstieg im Elysée darüber beriet welche Haltung die Regierung in der Debatte über die Wahlreform zu beobachten hat. Es verlautet, daß der Präsident der Republik die Einberufung verlangt hat, weil die Erklärungnahme der Regierung in Poincarés letzter Rede nicht klar genug betont war. Poincaré hat nicht nur, wie geschildert wird, auf die Stellung der Vertrauensfrage verzichtet, sondern überdies durchdringen lassen, daß er persönlich der Rückkehr zum alten System der Kondiessentenwahl nicht abgeneigt ist. Millerand soll entschlossen sein, vom Präsidentenamt zurückzutreten, falls das Parlament die Rückkehr zum alten Wahlsystem beschließen sollte. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß es zu einer entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Millerand und Poincaré über die Wahlreform und die innere Politik im allgemeinen kommt.

#### Inland und Ausland.

Deutsches Velleib zu der Monte Carlo-Katastrophe. Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem italienischen Bot-

schafte das aufdringliche Velleib des Reichspräsidenten und der Reichsregierung anlässlich der Überschwemmungskatastrophe in Oberitalien ausgesprochen.

Derstellvertretende Führer der Zentrumspartei. Während der Ritterschaft Marz leitet der Abgeordnete Peter Krenberg die Geschäfte der Zentrumspartei.

Der Devisenkommisar, Heimatfellow, und der Staatskommisar der Berliner Börse, Heinrich Lipper, haben in Frankfurt a. M. an einer Sitzung der Handelskammer teilgenommen, in welcher über die verschiedenen Zweifelsfragen der Devisengesetzgebung eine eingeschneide Aussprache stattfand. In der Besprechung beteiligten sich außer den Mitgliedern der Handelskammer Vertreter des Einzelhandels, des Verbundes mitteldeutscher Industrieller, des Bank- und Börsvereins und des Centralverbandes des deutschen Großhandels.

Eine chinesische Mission zum Studium von Wirtschaftsfragen ist im Auftrage der chinesischen Regierung in Berlin eingetroffen. Die Mission, die bereits in Frankreich, Belgien und Holland gewesen ist, beabsichtigt, sich etwa eine Woche in Deutschland aufzuhalten und dann Österreich, Italien, die Schweiz, England, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan zu besuchen.

Aushebung des eisäischen Generalkommisariats. Matin meldet aus Straßburg, daß am 17. Dezember dem Landesrat ein Gesetzentwurf unterbreitet wird, wodurch das Generalkommisariat für Elsaß-Lothringen ab 1. Juli 1924 aufgehoben wird.

Frauenstimmrecht in Italien. Die aus achtzehn Abgeordneten bestehende Kommission, die sich unter dem Vorsitz Biolitti mit der italienischen Wahlreform beschäftigte, hat ihre Arbeiten zu Ende geführt. Auf Grund derselben wird den italienischen Frauen das Wahlrecht unter nachstehenden Einschränkungen gestattet werden: Sämtliche Männer der im Kriege gefallenen Soldaten erlangen das Stimmrecht, ebenso diejenigen, die im Besitz eines Volksschulzeugnisses sind. Ihre Zahl beauftragt sich auf ungefähr 500 000; ferner alle Frauen, die lesen und schreiben können und wenigstens 40 Vite direkte Steuern bezahlen, außerdem diejenigen, die die Grundsteuer entrichten.

#### Aus aller Welt.

Eine merkwürdige Verordnung. Das preußische Staatsministerium hat, wie verlautet, die bisherigen Bestimmungen außer Kraft gesetzt, wonach Orden und Ehrenzeichen von den Beliehenen oder nach deren Tode von den hinterbliebenen läufig erworben werden können. Es sind daher künftig alle Auszeichnungen, soweit sie nicht durch besondere Vorschriften von der Rückgabe überhaupt befreit sind, nach dem Ableben der Inhaber zurückzugeben. Für Orden und Ehrenzeichen, die rückgabepflichtig sind, aber aus irgendeinem Grunde nicht abgegeben werden können, müssen die Erben für den dem Staat hierdurch entstehenden Schaden grundsätzlich aufkommen, indem sie der Staatskasse den Anschaffungs- (Friedens-) Preis verbindlich zu erfließen haben. Wenn die Weiterstaltung verweigert wird, soll sie im Prozeßweg erzwungen werden. Die Abwicklungsstelle der Generalordenkommission beim Staatsministerium nimmt in Verfolg der neuen Bestimmungen den Behörden Geldbeträge für Orden und Ehrenzeichen als Kaufpreis künftig nicht mehr entgegen.

Gutmenschliche Eltern. Eine dunkle Kriminalaffäre beschäftigt z. B. die 7. Strafkammer des Landgerichts III, der es aber auch nicht gelang, Licht in das Dunkel zu bringen. Das Ehepaar H. aus Spanien hatte sich wegen fahrlässiger Tötung seines einjährigen Kindes

zu verantworten. Das Ehepaar hatte eines Abends ein Vergnügen ausgeübt und bis zum frühen Morgen durchgefiebert; als es nach Hause kam, fand es das allein in der Wohnung gelassene Kind neben seinem Lager erblossen liegen. Aus den näheren Umständen entstand der Verdacht, daß die Eltern die Tat selbst begangen hätten, um sich das Kind zu entledigen. Das Ehepaar stand nämlich bezüglich der Behandlung seiner Kinder in der Nachbarschaft nicht im besten Ruf. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß es schon ein früheres Kind unversorgt gelassen habe, als es auf den Tod kam. Merkwürdigweise wurde nun aber trotz der Anzeige die Leiche des Kindes nicht obduziert. Frau H. hatte angegeben, daß sie vor ihrem Weggehen das Kind auf der Chaiselongue niedergelegt und die beiden Sessel der Bettdecke um den Hals mit einem Bindfaden festgebunden habe, damit es sich nicht bloßstrecken könne. Das Kind müsse dann aber doch heruntergefallen und dabei mit dem Hals in die Schlinge geraten sein. Bei der Heimkehr habe das Kind tot neben der Chaiselongue gelegen. Die Strangulationsmarke am Halse des Kindes befand sich aber merkwürdigweise nicht auf der Seite, auf der das Kind heruntergefallen war. Dennoch wurde der Verdacht der absichtlichen Tötung nicht aufrechterhalten und das Ehepaar nur wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, weil es das hilflose einjährige Kind in der gefährlichen Lage ohne Aufsicht gelassen habe. Da die Obduktion nicht vorgenommen war, konnte der Sachverständige überhaupt nicht die Todesursache feststellen. Das Gericht mußte die Angeklagten daher mangels Beweises freisprechen.

Der Fall von Zepora, der jetzt in der Berliner Charité behandelt wird, betrifft eine in den vierziger Jahren lebende Witwe, die drei Jahre lang bei ihrem Schwager in Polen gelebt und sich dort offenbar den Stein zu der Krankheit geholt hat. Angeblich soll auch dieser Schwager vom Ausfall befallen sein. Die Kranken wurde auf der Reise nach Deutschland an der polnischen Grenze von dem Übermutterungsarzt der Grenzstation angehalten und — nachdem die Natur der Krankheit erkannt war — angewiesen, sich in Berlin sofort in das Charité-Krankenhaus zu begeben, wo sie isoliert worden ist. Da sie Deutsche und im übrigen ohne Anhang und Mittel ist, wird sie in der Charité verbleiben, und zwar in einer Infektionsbaracke, die auch zur Aufnahme für einige andere Aussätzige bestimmt ist. Durch die Fortnahme von Memel verfüllt das dortige Deprähain der Auslösung, und die dort isoliert gehaltenen fünf oder sechs Patienten werden demnächst in die Charité geschafft werden. Die Behandlung wird der Seiter der Hautklinik in der Charité führen. Es handelt sich bei der Zepora um eine ausgesprochen chronisch verlaufende Krankheit, die besonders die Haut in Form knotenförmiger Geschwüre, aber noch und noch auch andere Organe befallt und leider bisher anscheinend unheilbar ist. Eine Ansteckungsgefahr für die Umgebung ist bei der Isolation nicht zu befürchten.

Das Hotel der Damen. In New York ist vor kurzem das erste Hotel für alleinstehende Damen eröffnet worden, das ihnen die größte Sicherheit bieten wird. Sicherungsgemäß ist den Männern das Betreten der Etagen untersagt, und ebenso wenig dürfen sie sich in den Gesellschafts- und Versammlungsräumen aufzuhalten. Nur wenn ein Herr von einer Dame einladen wird, darf er die Räume des Hotelrestaurants betreten, während alle anderen weiblichen in der Hotelhalle warten müssen. Durchkreisende Fremde und Neugierige, die das eigenartige Etablissement bestaunen wollen, müssen sich mit einem Einblick durch die Glasfenster des Portieres begnügen, wo sie nichts weiter sehen als eine Reihe von bequemen Klubsesseln, für die Wartenden bestimmt, die eine der im Hotel wohnenden Damen besuchen. Das starke Geschlecht wird ausschließlich von dem Direktor und dem Kassier vertreten. Das gesamte Weibliche Personal sieht sich aus Frauen zusammen, angefangen von der Stiefelputzerin bis zur Kellnerin des Restaurants.

Leider dumpf, „auf die Schmerzen pfeift ich — aber der schöne Brannthein, der verrichtet ja, es ist ja so schade um ihn — ach, nur die Lippen machen.“

„Alter Schludspecht“, mußte der Kreisarzt lachen. „Wer abgestochen ist, soll nicht trinken, das muß schon der jüngste Brandfuß wissen.“

„Kur ein Hauch, Herr Doktor . . . ich kann's nicht länger riechen“, dröhnte der Alte, und wie der Arzt das Handgelenk ein wenig losließ ließ, da packte der Gierige auch schon zu und mit einem einzigen durstigen Schluck hatte er das Wasserglas voll intus.

„Prost!“ sagte Hindler unter dem Gelächter der Umstehenden. „Nun jetzt geht's wohl besser, he?“

„Nur noch einmal riechen, Herr Doktor, es tut gar so gut.“

„Und hinterher aussaußen, was?“ knurrte der Arzt. „Na, meinewegen, der Kerl hat ohnehin eine ausgeplünte Gurgel.“ Er gab ihm zu trinken. Dann, als der Alte gierig das zweite Glas voll getrunken, wehrte er seinem weiteren Verlangen. „Nichts da, heraus mit der Sprache, was hat's mit euch gegeben, he?“

Der Alte rappelte sich zusammen und hob zu jammern an. „Ach, du mein liebes Herrgottie“, stöhnte er, „Leutle, wie soll ich's euch nur kund tun . . . unterwegs nach Höhnenbronn ist heut' auf's Dunstboden auf der Landsträß' ein gar gruselig's Unglüd geschehen.“

Eben hörte man die Stimme der Lammwirtin im Torweg draußen. „Wer ist heimgekommen in meines Mannes Schlitten?“ Der alte Mehlig, sagt ihr? Und wo ist mein Mann? . . . Nur Mehlig ist gesommen, und drinnen in der Wirtstube ist er?“

Da erschien sie auch schon im Rahmen der offensichtlichen Tür und bebend vor Erregung näherste sie sich mit fliegendem Atem dem alten Landwirtesträger. „Was ist meinem Mann, Mehlig?“ rief sie ungestüm schon von weitem. „Wie kommt Ihr zu seinem Schlitten?“

(Fortsetzung folgt)

#### Humor vom Tage.

Eine liebe Frau. „Mein Mann hat keine schlechten Angewohnheiten, das muß ich sagen, er trinkt nicht, und abends geht er nicht aus. Er ist nicht einmal Mitglied in einem Verein.“ „Raucht er auch nicht?“ „Ja, ab und zu, er raucht gern eine Zigarette, wenn er gut gegessen hat, aber das tut er nicht öfter als einmal im Monat.“

einzuheben, man täuschte die verschiedenartigsten Vermutungen aus und war in der Meinung einmütig, daß über lange Ausbleiben des Gauwirts so rätselhaft wie beunruhigend zu finden, und Franz, das langjährige Gauktotum des Hauses, der an Stelle der Wirtin den Dienst hinter der Einfachheit übernommen hatte, kam über all die an ihn gestellten Fragen kaum mehr zum Bergapfen des edlen Rasses. An die um den Stammtisch der Kondis wogte sich von den kanngiebenden Spichern keiner so recht heran; man stand in einiger Entfernung und suchte von dem mit Eifer geführten Gespräch nach Möglichkeit zu profitieren.

Dann wurde mit einem Male draußen vor dem Hause auf der Gasse tumult laut. Wirt durchdringender rauschende Stimmen, Beifallsrufe, das Geplänkel eiserner Rosshufe auf dem Steinplaster der Hofdurchfahrt des Gauhofs.

Gleich darauf wurde die Tür zur vorderen Wirtstube aufgerissen und in wirrem Durcheinander drängte ein ganzer Haufen Leute herein. Zwei Knechte führten einen augenscheinlich stark erschöpften Mann in der Mitte eines Postboten und ließen ihn fürsorglich auf dem nächsten Stuhle nieder. Um die Stirn des Alten war ein buntes, blutgetränktes Taschentuch geschlungen, das darüber vorstehende Grashaar war verklebt und auch das vielgefährte, verwirrte Gesicht war stark beschmutzt und ebenso wie die Kleidung, zerissen und übel zugerichtet, auf ein hartes, aufreibendes Erlebnis hin.

Der Amtsarzt war unter die Gruppe getreten, die sich rasch um den völlig Erschöpften gebildet hatte. „Wen haben wir da?“ fragte er, um sofort hinzuzufügen: „Natürlich, der alte Mehlig . . . hat wohl wieder mal etwas zu tief ins Glas geschaut oder ist gefallen, he?“

Dr. Hindler war bereits um den Alten bemüht; er hatte den Notverband entfernt, sandt die Sticherschramm und machte sich ohne weiteres daran, aus seinem mitgeführten Taschenbeutel Heftplastier und Wundwatte bereit zu legen. Schon brachte eine Magd, Wasser und Schwamm; mittlerweile hielt der Arzt dem Alten ein Glas kräftig hustenden Kognak als ersten Notbehelf unter die Nase, um seine Lebenseigenschaften zu sammeln.

Ein Stöhnen ging über die verkniffenen Lippen des Alten. „Herr Doktor, das halt ich nicht aus“, wimmerte er läßlich.

„Seid doch keine Memme, Mehlig, das bissel Schmerz, es sind ja nur Hautrisse“, mahnte der Kreisarzt.

„Das meine ich ja nicht, Herr Doktor“, stöhnte der

**Rindesmord aus Rache.** Vor einigen Tagen verschwand plötzlich aus Villapourcon (Frankreich) ein Knabe von drei Jahren. Alle Nachforschungen über den Verbleib des Kindes verliefen erfolglos, bis endlich ein Knabe von neun Jahren berichtete, daß er gesehen habe, wie sein Vater das dreijährige Kind ermordet hatte. Der Mörder, ein Mann von 51 Jahren, legte darauf das Geständnis ab, daß er infolge von Erbstreitigkeiten mit dem Vater des ermordeten Kindes beschlossen hätte, das uneheliche Kind zu ermorden.

### Berliner Freiverkehr vom Dienstag.

Mit großer Spannung richteten sich heute die Blicke auf den Devisenmarkt. Die starken Marktbesserungen im Auslande ließen die Vermutung offen, daß auch am hiesigen Platz mit Kurssteigerungen zu rechnen sei, doch wurden auch heute die ausländischen Zahlungsmittel, abgesehen von einzelnen geringfügigen Abweichungen auf unveränderter Basis festgestellt. Das Ausland hatte für die Mark recht annehmbare Belegerungen gemeldet. So kam das englische Pfund aus London mit 20 Billionen. Auch Amerika passte sich der hiesigen Parität an. Dolarnoten wurden heute wiederum mit 4,2 Billionen, englische Pfunde mit 18,2 und Auszahlung Holland ein wenig stärker mit 1,000 Billionen amtlich festgesetzt. Die Zufüllungen betrugen für die Hauptdevisen wiederum 1%, doch fielen die sonstigen einschließenden Zuteilungsbestimmungen heute fort, so daß sich die 1% auf die sämtlichen angeforderten Summen erstreckt. Der Bedarf war heute etwas geringer, obwohl nicht zu erkennen ist, daß er trotz allem noch in recht annehmbaren Bahnen bewegte. Interessant war auch heute, daß die Goldanleihe zum amtlichen Kurse tatsächlich zu haben war. Es ist auch bei der heutigen amtlichen Festlegung mit einer kleinen Zuteilung der Goldanleihe zu rechnen.

### Amtliche Devisen-Notierung.

Devisen	Vortriegsparität	4. Dezember	5. Dezember
		Geld	Brief
		3 = 1.000.000.000	
Dollar	4,20	4189500	4210500
Engl. Pfund	20,00	18854000	18245500
Gold. Gulden	1,87	1550025	1558975
DM. 2 Re.	1,12	782115	755880
Schweiz. Fr.	1,12	1009245	1097250
Deutsch. Pf.	0,80	181846	181845
Schweiz. Fr.	0,80	726175	726175
Span. Fr.	0,80	226484	226565
Ital. Fr.	0,80	193515	194495
Gold. Fr.	—	121890	122805
Span. Peseta	0,80	544,85	547885
		548830	549370

Die anfängliche Zuteilung von 20–23 Prozent für Dolaranleihen wurde späterhin wiederum gestrichen, sobald der Kurs für Dollaranleihen mit 4,4 Prozent wiederum nominell blieb. Die Goldanleihe wurde mit 2 Billionen St. festgesetzt bei einer Zuteilung von ca. 40 Prozent.

Der Effekt am Markt zeigte weiterhin ein lustloses Aussehen bei enthaltend wechselnden Tendenzen. Obwohl der Geldmarkt bei einem Saz von 5% bis 6% zu hause läßt, bleibt, will sein richtiges Geschäft mehr auskommen. Dies hängt auch stark mit ausländischen Verkäufen zusammen, wo insbesondere Holland mit Effektenabgaben am hiesigen Platz stark vertreten ist. Über auch vereinzelter Schweizer Verkäufe will man bedacht haben. Die mögliche Tendenz dürfte sich auf weiter abschwächendem Basis bewegen. Die Dolarzuschläge an Auszahlungen wurden heute wieder amtlich notiert, und zwar mit 4,4 Billionen Mark. Interessant hierbei ist, daß der Kurs nicht nominell, weder direkt, sondern auf die angeforderten Summen eine Zuteilung von ca. 20–23 % gewährt werden konnte.

**Berliner Großhandelspreise vom 3. Dezember.** Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittelgroßhandel und im Verleih mit dem Einzelhandel, offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels, C. B. Berlin. Die Preise verlaufen sich für 50 Kilogramm in Originalpackung ab Lager Berlin im Goldmarkt. Gerstengegaun 28,45–28,80, Gerstengräne 28,42 bis 28,80, Gerstfladen 30,25–30,85, Hafergräne 30,25–30,85, Maisgräne 21,65–21,75, Maispuder 27,25–27,45, Roggenmehl 0,71–22,65–24,50, Weizenriegel 30,05–30,75, 70proz. Weizenmehl 24,50 bis 26,25, do. Auszugmehl 27,90–28,00, Brotzucker-Geben 49,75 bis 51,00, ff. Eierk. 86,15–87,45, Bohnen, weiße 35,70–37,05, Bohnen 38,10–39,35, Binsen, kleine 32,90–38,85, mittlere 38,95, Ma. 46,35, große 46,75–54,15, Kartoffelmehl 27,40–28,75, Kartoffeln 57,55–60,20, Schnittkuchen 40,75–49,80, Bollerls, ungla. 36,40–27,70, Tafelsels, glas. 33,05–34,75, Bruderkreis, grober 20,72 bis 21,78, Reisriegel, Reismehl 19,75–20,75, Ringknöpfel, amerikan. 65,90–66,90, getr. Aprikosen 128,65–133,90, getr. Birnen 96,90 bis 99,90, getr. Pfirsiche 86,70–89,20, getr. Blaumen 47,00 bis 49,00, Gorinen 74,50–77,50, Rosinen, 1923 60,50–63,00, Sultaninen, 1923 89,00–92,00, Mandeln, bitters. 84,50–88,00, Mandeln 18,85–18,95, Tee in Kästen 37,50–40,00, Inselzucker, Bafin Melie 48,80–51,30, Inselzucker, raff. 50,80–53,90, Kunsthonig 60,50 bis 63,50, Marmelade, Einfrucht 92,00–98,00, do. Butterfrucht 72,00 bis 76,00, Siebfalte in Säcken 8,25–8,65, Siebfalte in Packungen 9,00–9,45, Steinfaß in Säcken 8,15–8,45, Steinfaß in Packungen 8,85–7,15, Bratenflocken 97,00–98,00, Purzelar 94,50–96,90, Margarine, Handelsmarke 74,00–78,00, Spezialmarken 90,00–94,00, Molkereibutter 227,60–232,00, Corned beef per Kiste 42,00, Speckfett, fett 98,90–99,90, Quadratkäse 128,30–131,45, Quarkäse 93,70–98,40, Altläuter, vollfett 170,40–178,90, do. halbfett 129,80 bis 135,20.

**Der Rückslag auf dem Viehmarkt.** Aus Köln wird gemeldet: Auf dem Kölner Schlachtwiehmarkt fielen die Preise für das Pfund Lebendgewicht erster Qualität bei Ochsen von 1,4 auf 0,85 bis 0,95 Billionen M., bei Rülbären von 1,6 auf 0,90–1,0, bei Schweinen von 1,7 bis 1,8 auf 0,70–0,90 Billionen M.

### Letzte Nachrichten.

#### Vorbörse.

Berlin. Die gestern erfolgte Besserung der Mark im Auslande macht weitere Fortschritte. Aus New York wurde ein Schlusskurs von 25 Cent für 1 Billion gemeldet, welcher einer Dolarparität von 4 Billionen entspricht. Damit liegt die Dolarparität unter dem amtlichen Berliner Kurse und man nimmt an, daß infolgedessen die Aufträge an dem amtlichen Markte sich um ein Beträchtliches verringern werden, sodass es der Reichsbank bald möglich sein wird, höhere Zuteilungen vorzunehmen, was bereits gestern vielfach der Fall war. Auch aus London geht man einen wesentlich günstigeren Kurs für die Mark. Bereits am gestrigen Vormittag gabte man das Pfund für 17½ Billionen und zum Schluß sogar ein Pfund für 15½ Billionen. Ein Herausheben der amtlichen Kurse ist wohl nicht zu erwarten, da die Reichsbank zuerst den Versuch machen will, die Nachfrage vollständig zu bedingen und die Devisen voll zuzuteilen. Goldanleihe und Dolarschäfe sind auch heute morgen bereits stark angeboten und die amtlichen Zuteilungen dürften wohl noch über das Maß der

gestrigen hinausgehen. Die Tendenz am Effektenmarkt bleibt weiter neu. Immer mehr zeigt sich, daß sich das Publikum allgemein in größerem Umfang zurückzieht. In Prag zahlte man gestern für eine Billion 8 Tschechakronen.

Berlin. Die amtlichen Kurse für Dollar und Tschechenkrone sind auch heute Mittwoch unverändert.

#### Blutige Unruhen in Elberfeld.

Elberfeld, 5. 12. Wie die "Vergleichszeitung" mitteilte, kam es gestern vormittags bereits in Elberfeld zu Plündерungen von Lebensmittelgeschäften in der Innenstadt durch Erwerbslose, die die Annahme der Unterstützung verweigert hatten. Am Nachmittag hielten mehrere Hundert Erwerbslose an der Grenze des besetzten Gebietes eine Versammlung ab. Sie versuchten dann geschlossen in die Stadt einzudringen. Die Schupo trat den Demonstranten energisch entgegen. Als aus der Menge ein Schuß fiel, wurde das Feuer von der Schupo erwidert. Auf Seiten der Schupo wurden 4 Männer verletzt, während die Demonstranten viele Verwundete und mehrere Tote aufzubereiten haben. Man spricht von 9 Opfern. Aus Revolvern von den Demonstranten zum Schutz herbeigeführte französische Soldaten griffen nicht ein sondern zogen wieder zurück. Die Schupo ist Herrin der Lage.

#### Die Parteiführer beim Kanzler.

##### Kompromißlösung? — Rabinettssitzung.

Berlin, 4. Dezember. In der Parteiführersitzung beim Reichskanzler wurde die Möglichkeit erörtert, dem Ermdaltungsgesetz durch Änderung seiner Fassung auch für die Flügelparteien zur Annahme zu verhelfen. Die Deutschnationalen betonten dabei von neuem ihr Verlangen nach baldigen Neuwahlen. Von sozialdemokratischer Seite wurde angeregt, in das Ermdaltungsgesetz die Bestimmung einzufügen, daß die auf Grund des Ermdaltungsgesetzes zu erlassenden Verordnungen von der vorherigen Zustimmung eines Reichstagsausschusses abhängig gemacht werden. Die Deutsche Volkspartei war der Meinung, daß, namentlich mit Rücksicht auf die Lage im besetzten Gebiet, eine Reichstagsauflösung noch Möglichkeiten vermieden werden sollte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß mit 74 gegen 55 Stimmen das Ermdaltungsgesetz, in der, von den Koalitionsparteien, der Reichsregierung vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. Danach soll vor der Erlass von Verordnungen auf Grund des Ermdaltungsgesetzes ein Ausschuss des Reichstages angefordert werden, ohne daß er aber ein Beschlußrecht hat. Eine Rabinettssitzung, die im Anschluß an die Parteiführersitzung im Reichstage stattfand, endete damit, daß sich das Rabinett gemäß den Vorschlägen der bürgerlichen Mittelparteien mit der Einführung eines Überwachungsausschusses in das Ermdaltungsgesetz einverstanden erklärte unter der Voraussetzung, daß dieser Ausschuss nach den Wünschen der bürgerlichen Mittelparteien ausschließlich eine beratende Stimme haben soll, nicht aber das von den Sozialdemokraten geforderte Veto erhält.

#### Waban der Aufhebung?

Paris. Der Sonderberichterstatter der "Chicago Tribune" hat bedeutsame Angaben über den bevorstehenden Waban der Ruhebeschaffung gemacht. Nach diesem zu schließen, haben die interalliierten Militärbehörden kurz nach Unterzeichnung des Abkommens mit Städten einen Plan zur Räumung des befreiten Aufgebietes und dessen Rückgabe an die deutschen Civilbehörden ausgearbeitet. Auf Grund dieser Abschlüsse sollen die Besatzungstruppen von 55 000 Mann auf 11 000 Mann vermindert werden. Die deutschen Beamten erlangen von diesen Zeitpunkten ab wieder die Kontrolle über die Zölle, die staatlichen und öffentlichen Gebäude und Amtsräume. Wie bereits mitgeteilt, wird der französische Generalstab seinen Sitz von Düsseldorf nach Mainz verlegen und ebenso wird das belgische Hauptquartier von Sterkrade nach Duisburg überstellt. Von besonderer Bedeutung ist der Verrichterstall noch in Erfahrung gebracht, daß Frankreich 21 Eisenbahnen unter Verzicht auf zivile und militärische Kontrolle an Deutschland abtritt. Gleichzeitig bekommen die Deutschen wieder zwei Reparaturwerkstätten in die Hände. Die fraglichen Eisenbahnen sind allerdings keine Hauptverkehrslinien, kommen aber mit diesen geographisch eng in Verbindung. Die Franzosen sichern weiter den deutschen Eisenbahnen die günstigste Behandlung zu, sowie auch vollen Lohn.

#### Sächsisches.

Dresden. Wie gemeldet wird, sind der Regierungsrat Westphälinder in Chemnitz, der hützlich vom Reichswehrkommando abgefeuert worden ist, und der Oberregierungskommissar Miersch, von dem in den neuen Einflussungen die Rede ist, verhaftet worden.

Über die Anordnungen des sächsischen Innensenators Liebmann und über die Beleidigung seiner ergebenen Organe erfahren die Leipziger "Neuesten Nachrichten" weitere Einzelheiten, die aus absolut einwandfreier Quelle stammen. Sie schreiben: "Im Polizeipräsidium Dresden besteht eine besondere Landeszentrale für Nachrichtenwesen, die dem Regierungskommissar Miersch untersteht. Von dieser Stelle ausgebend hat jahrelang mit unheimlichem Raffinement durchgeföhrte Beispieldung der Reichswehr stattgefunden, die aufs Auge der Überwachung feindlicher Heere an den Landesgrenzen hineilt. Die Überwachung erstreckte sich nicht nur auf Truppenverschiebungen mittels Bahn, Landmarsch und Kraftfahrzeugen, wosür die Befreiungsstädt der Eisenbahner, Vertrauensleute in amtlicher und nichtamtlicher Stellung und besonders entstandene Polizeibeamte innerhalb und außerhalb Sachsen betroffen waren, sondern sie umfaßt die geringsten Kleinigkeiten. So wurde die Belegung der Truppenübungsplätze — auch auf außerordentlichen — kontrolliert, die Art der Bewaffnung der Truppen, Art und Zweck abgehaltenen Übungen und die Durchführung der Ausbildungskurse beispielhaft. Einzelne reisende Offiziere und Mannschaften der Reichswehr in Uniform und Zivil wurden überwacht, nach Lösung der Fahrkarten ihr Reiseziel festgestellt und Erhebungen über die Art ihres mitgeführten Gepäcks ange stellt. Der zu Übungszwecken stattfindende Brieftauschensatz wurde beobachtet und die Flugzettel der Tauben festgelegt. Bei Fahrplanänderungen der Reichseisenbahn wurden Untersuchungen ange stellt, inwiefern diese Änderungen etwa Zwecken der Reichswehr dienen könnten. Wegen der Handhabung des Dienstes in den Kasernen, Vorträgen lebendem Personal sowie in den Kasernenlebenen gelegentlich von Kompanieabenden wurden Vertrauensleute zur Berichterstattung veranlaßt, und selbst das Offiziers-Erholungsheim Schmöckwitz wurde beispielhaft. In diesem leichteren Falle gelang es dem Regierungskommissar, die Fäden einer weit verzweigten Reichswehr-Offiziersverschwörung, die sich gegen die Sicherheit des Freistaates Sachsen richtete, restlos aufzudecken; er machte die in dieser Hinsicht überaus wichtige Feststellung, die sofort nach Dresden im Geheimbericht II gegeben wurde, daß sich in dem Offiziers-Erholungsheim Schmöckwitz lediglich — die Frau eines Rittmeisters befand. Insbesondere aber wurden die Kasernen Zug und Nacht unter Bewachung gehalten und jeder Ein- und Ausgehende beobachtet. Dies erstreckte sich sowohl, daß selbst die Nummern von militärischen Dienststellen vorfahrenden Auto-Kraftwagen notiert und die Besitzer und Inhaber der Kraftwagen festgestellt wurden.

**Hausierer für erzgebirgische Spielwaren gesucht.**  
Kunststoff erfordert. G. Götsche, Götsche & Co., Zeulenroda.

**Stuhlschlitten**  
(für 6-8 M. 50.—) zu verkaufen.  
Janzen, Nicolai-Vorwerk, J.

Als Beispiel, wie verfahren wurde, möge folgendes Rücksichtnahme schreiben dienen, daß am 28. 4. durch Voten vom Oberregierungsrat Wacker an den Regierungskommissar Miersch gefandt wurde, und das zugleich ein hochinteressantes Schlaglicht auf die Beziehungen der sächsischen Polizei zu dem irgendeiner Schwachsinn wirkt. Das Schreiben, zu dem irgendeine Schwachsinn gehörte, die der sächsischen Polizei zuging, die Veranlassung gewesen sein mag lautet: Es ist damit zu rechnen, daß heute Nachts (also vom 28./29. April) von den Reichswehrkästen Munition und Waffen nach Wohnungen von Unteroffizieren geschossen werden wird. Die Kasernen müssen daher sofort unter Bewachung gesetzt werden. Das Wegschaffen der Munition ist nicht zu verhindern, sobald die Munition in die Wohnung gebracht worden ist, muß unzugegriffen und die Munition weggenommen werden. Das muß mit Arbeitern geschehen. Es ist daher sofort das Erforderliche mit den Parteiführern (überparteiliche Polizei) oder denjenigen, die den Selbstschutz leiten, zu besprechen. Auf alle Fälle sind auch die Kasernen in den nächsten Tagen scharf zu überwachen, aber unzureichend. Auch ist der Herr Polizeipräsident sofort hinzuzuziehen. Sogar auf etwaige Waffenfabrikation für die Reichswehr in Südsachsen ist die übende Beobachtungsfähigkeit der sächsischen Polizei. Alle diesbezüglichen Anordnungen und Bescheide tragen den Vermerk "Strenge geheim" bzw. "Strenge vertraulich". Auch eines besondern Chiffrier-Schlüssels bedient man sich für diese Zwecke, des "Kochi" (Kommissar-Chiffrier-Schlüssel), da Nachrichten wichtigen politischen Inhalts, die durch Funkspruch der Landeszentrale über den einzelnen Bezirkstellen übermittelt werden, nicht zur Kenntnis der Militärbehörden oder anderer Personen den eigenen Behörden gelangen möchten". Verfügung der Landeszentrale für Nachrichtenwesen Nr. 3806/23 vom 19. 10. 23 persönlich.) Man kann sich leicht vorstellen, welches Verantworten notwendig war, um eine derartige Überwachung jahrelang fortlaufend durchzuführen. Sie wurde nach Anweisung und unter Leitung des Regierungskommissars Miersch durch die Regierungskommissare bearbeitet, die hierfür ständig ein Aufgebot von Beamten und Vertrauensleuten in Atem hielten. Was an Arbeitskraft, an Zeit und Staatsgeldern für diese Zwecke verschwendet werden ist, spottet jeder Befriedung. Dass man von der Benutzung von Spionen in der Reichswehr nicht zurücktrete, sei nur nebenbei erwähnt. Der sächsische Steuerzahler weiß nun wenigstens, wofür sein Geld verwendet wird und er weiß nun auch, warum die Polizei keine Zeit oder nicht genügend Beamte verfügbar hatte, um ihm Schutz gegen Plünderungen, Misshandlungen und sonstige Gewalttatigkeiten anzubieten zu lassen. Was er aber noch nicht weiß, ist die Beantwortung der Frage, welchen Zwecken dieser unheimliche Beobachtungsdienst diente, und was das Reich, das vier Fünftel der Kosten der sächsischen Polizei trägt, dazu sagt.

Die Gemahlin des Prinzen Ernst Heinrich, Sophie geb. Prinzessin von Luxemburg und Nassau, ist am 2. Dezember in München von einem gefundenen Knaben entführt worden. Der am 12. April 1921 geschlossenen Ehe ist bereits am 9. Mai 1922 ein Sohn entstanden.

Leipzig. Nach mancherlei Diebstählen an dem ehemaligen Bismarckturm in Händen versuchten diebischen Hände in der Nacht zum Donnerstag die Innenräume der Gedächtnishalle siebende Kolossalbüste in Bronzeguss zu stehlen. Sie war bereits vom Sockel herabgestürzt und dabei ebenso wie die Platten des Fußbodenbelags nicht unverletzt beschädigt worden. Vielleicht sind die Diebe gestellt worden oder haben den Abtransport zu schwierig gefunden. Die Büste wurde vom Rat der Stadt Leipzig in Gewahrsam genommen.

Zwickau. Zur Verbesserung der Milchversorgung unserer Stadt wird der Rat an die Landwirte, welche regelmäßig Vollmilch hierher liefern, daß Papiergele in Rentenmark umtauschen.

Plauen i. V. Wie bereits im vorigen Jahre hat die Firma Julius Lieb es auch jetzt übernommen, aus eigenen Mitteln 500 bedürftige und unterernährte Kinder in unserer Stadt zu speisen, die abwechselnd in Gruppen von 50 Kindern an jedem Dienstag und Freitag in geschlossenen Räumen des Warenhauses bewirtet werden.

### Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins Dippoldiswalde und Umgegend